

»» NEWSLETTER ««

POLITIK AUF DEN PUNKT GEBRACHT.

Ausgabe vom 16. Januar 2026



In dieser Ausgabe

**Planung und
Beschaffung für die
Bundeswehr**

**Wölfe sollen künftig
bejagt werden können**

**Kurz & Knapp: Einige
Termine der Woche**

**Start der 100. „Grünen
Woche“**

Terminvorschau

»» LIEBE LESERINNEN UND LESER,

ich hoffe, Sie sind alle gut in das neue Jahr gestartet und wünsche Ihnen an dieser Stelle für 2026 alles Gute und vor allem Gesundheit.

In dieser Woche ist auch der Deutsche Bundestag wieder in den Plenarbetrieb eingestiegen. Unser vordringlichstes Ziel – auch in 2026 – bleiben die Ankurbelung der Wirtschaft und deren Wachstum.

Die Konfliktherde, u.a. in der Ukraine, in Venezuela oder im Iran zeigen bereits zum Anfang des Jahres, wie groß die sicherheitspolitischen Herausforderungen sind. Auch deswegen stand in dieser Woche das Beschaffungswesen der Bundeswehr auf der Tagesordnung des Plenums. Unser Land muss sich dieser Wirklichkeit stellen. Wenn Deutschland und Europa eine Rolle spielen wollen, müssen wir wirtschaftlich und militärisch stark sein.

Außerdem hat der Bundestag in dieser Sitzungswoche die Einführung der neuen Grundsicherung, die das Bürgergeld ersetzen soll, beraten.

Traditionell für den Januar startete in dieser Woche auch die „Grüne Woche“ - eine der führenden Veranstaltungen weltweit im Bereich Ernährung, Landwirtschaft und Gartenbau.

Weitere Informationen zur Arbeit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion finden Sie unter www.cducsu.de.

Alles Gute


Ihr Hermann Färber

PLANUNG UND BESCHAFFUNG FÜR DIE BUNDESWEHR

Der Bundestag hat über den Gesetzentwurf der Bundesregierung „zur beschleunigten Planung und Beschaffung für die Bundeswehr“ abgestimmt, mit dem das Beschaffungswesen der Bundeswehr umfassend beschleunigt werden soll, um der veränderten sicherheitspolitischen Situation gerecht zu werden. Dabei muss vor allem der erheblich gestiegene Bedarf an Liefer-, Bau- und Dienstleistungen für die Bundeswehr schnellstmöglich gedeckt werden.

Der notwendige rasche Fähigkeitenzuwachs der Bundeswehr darf nicht an zu komplexen Beschaffungs-

verfahren oder zu langen Genehmigungsverfahren scheitern.

Mit dem Gesetz kann nun die Vergabe öffentlicher Aufträge sowie die Errichtung verteidigungswichtiger Anlagen schneller durchgeführt werden, als dies nach der derzeitigen Rechtslage möglich ist. Außerdem berücksichtigt das Gesetz die Verteidigungs- und Sicherheitsinteressen im Rahmen von Vergabe- und Genehmigungsverfahren.

Darüber hinaus stärkt es die gemeinsame Beschaffung und Zusammenarbeit in der Europäischen Union und mit Partnerstaaten weiter.

WÖLFE SOLLEN KÜNFTIG BEJAGT WERDEN KÖNNEN

Im Plenum wurde in dieser Sitzungswoche in 1. Lesung darüber beraten, den Wolf als jagdbare Tierart in das Bundesjagdgesetz aufzunehmen.

Die Rückkehr des Wolfs in Deutschland und Europa ist ein Erfolg der Artenschutzpolitik. Allerdings steigt mit zunehmender Ausbreitung des Wolfs auch das Konfliktpotenzial in Bezug auf die Bevölkerung und vor allem die Weidetierhaltung.

So wurden 2024 bei rund 1.100 Übergriffen rund 4.300 Nutztiere durch Wölfe gerissen oder verletzt - und das trotz Ausgaben für Herdenschutzmaßnahmen in Höhe von ca. 23,4 Mio. Euro.

Die Wolfsübergriffe führen zu erheblichen und potenziell existenzbedrohenden Belastungen für die Weidetierhalter, was am Ende dazu führt, dass immer mehr Weidetierhalter die Weidetierhaltung aufgeben, obwohl ihre Tätigkeit für die Landschaftspflege, die biologische Vielfalt und die Erhaltung seltener Tierrassen unersetzlich ist.

Der entsprechende Gesetzentwurf „zur Änderung des Bundesjagdgesetzes und zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes“ soll dazu beitragen, einen sachgerechten Ausgleich zwischen den Belangen des Naturschutzes und den berechtigten Interessen der Weidetierhaltung herzustellen. Durch ein gutes Wolfsmanagement soll ermöglicht werden, dass beide Anliegen nebeneinander bestehen können.



Bilder: Canva.



Die Gesetzesänderung wird möglich, weil der Schutzstatus des Wolfs zuvor auf EU-Ebene von „besonders geschützt“ auf „geschützt“ herabgestuft wurde. Damit liegen auf europäischer Ebene die notwendigen Voraussetzungen vor, um hinsichtlich des Wolfs Änderungen im nationalen Recht vornehmen zu können. Die Mitgliedstaaten bleiben aber weiterhin verpflichtet, den günstigen Erhaltungszustand des Wolfs sicherzustellen.

Kurz & Knapp: Einige Termine der Woche im Überblick

GESPRÄCH MIT EU-AGRARKOMMISSAR CHRISTOPHE HANSEN

Gesprochen haben wir über dringende Fragen unserer europäischen Agrarpolitik, wie z.B.:

- Die Ausgestaltung der zukünftigen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)
- Stärkung von Wettbewerbsfähigkeit und Innovation in der Landwirtschaft
- Der dringende Abbau von Bürokratie – für echte Erleichterungen bei der täglichen Arbeit.



Fotos: Thomas Deutsch.



FORST-HOLZ-DIALOG 2026

Der Forst-Holz-Dialog in Berlin bot auch in diesem Jahr einen interessanten Austausch zwischen Praktikern und Politik. Im Mittelpunkt stand die Frage, wie wir in Deutschland die EU-Verordnung zur Wiederherstellung der Natur am besten umsetzen.

Als Teilnehmer der Podiumsdiskussion habe ich meinen Standpunkt verdeutlicht: Die Umsetzung der Verordnung darf nicht zu mehr Bürokratie und einer schlechteren Holzversorgung führen. Auch ist es keine gute Idee, vergangene Naturräume einfach wiederherzustellen - wir müssen sie gezielt auf den Klimawandel vorbereiten. Für den Wald bedeutet dies: Der Waldumbau hin zu klimaresilienten und artenreichen Mischwäldern muss weiter entschlossen vorangebracht werden – wir brauchen zukunftsfähige Baumarten und Lebensraumtypen!



Fotos: Büro Hermann Färber.

TOP KURS ZUM GESPRÄCH IM BUNDESTAG

Der TOP Kurs ist ein intensives Programm der Andreas Hermes Akademie zur Persönlichkeits- und Führungskräfteentwicklung für unsere Nachwuchstalente im Agrarbereich.



Fotos: Büro Hermann Färber.

Start der 100. „Grünen Woche“

Während dieser Sitzungswoche startete auch die alljährliche „Grüne Woche“ – eine der weltweit bedeutendsten Messen für die Bereiche Ernährung, Landwirtschaft und Gartenbau.

Präsentiert werden Nahrungsmittel aus aller Welt, landwirtschaftliche Erzeugnisse, Viehzucht, Gartenbau sowie Trends und Innovationen aus dem Agrarbereich. Sie ist sowohl eine Verbrauchermesse, die hunderttausende Besucher anzieht, als auch eine wichtige Fach- und Politikplattform.

Als Agrarpolitiker nutze ich die „Grüne Woche“, um mit möglichst vielen Unternehmen, Institutionen und Organisationen aus der Agrarbranche in Kontakt zu kommen.

Ein guter Zeitpunkt einmal über ein paar wichtige Erfolge zu berichten, die die CDU/CSU-geführte Bundesregierung in dieser Legislaturperiode für den Agrarbereich bereits erzielen konnte:



Foto: Büro Hermann Färber



Wiedereinführung der Agrardieselrückvergütung zum 1. Januar 2026

Damit entlasten wir unsere land- und forstwirtschaftlichen Betriebe jährlich um rund 430 Millionen Euro, stärken ihre Wettbewerbsfähigkeit und sorgen für mehr Planungssicherheit.



Abschaffung der Stoffstrombilanzverordnung

Damit haben wir die Dokumentations- und Berichtspflichten auf den Höfen sofort reduziert. Der jährliche Bürokratieaufwand sinkt dadurch um rund 18 Millionen Euro.



Erweiterung der sozialversicherungsfreien Beschäftigung

Ab dem 1. Januar 2026 kann die kurzfristige Beschäftigung in landwirtschaftlichen Betrieben länger sozialversicherungsfrei ausgeübt werden – von 70 auf 90 Arbeitstage.



Spürbare Entlastungen

Mit dem „Investitionsbooster“, der Landwirten eine degressive Abschreibung von bis zu 30 % für bewegliche Wirtschaftsgüter ermöglicht, dem Strompreispaket, der Reduzierung der Netzentgelte, der Absenkung der Stromsteuer sowie der Abschaffung der Gasspeicherumlage werden auch Unternehmen der Agrar- und Ernährungswirtschaft direkt und spürbar entlastet.



Verschiebung der Entwaldungsverordnung (EUDR) um ein weiteres Jahr

Die EUDR, wie sie derzeit vorliegt, führt nicht zu mehr internationalem Waldschutz, sondern nur zu mehr Bürokratie und Auflagen für unsere Betriebe. Daher setzen wir uns dafür ein, die EU-Verordnung praxistauglicher und bürokratieärmer zu gestalten und vor unnötigen Dokumentationspflichten zu schützen.



Pflanzenschutz

Ernten sichern heißt auch, wirksamen und praxistauglichen Pflanzenschutz zu ermöglichen und sich nicht von ideologischen Vorgaben treiben zu lassen. Daher haben wir das von der Ampel-Regierung beschlossene „Zukunftsprogramm Pflanzenschutz“, das eine fachfremde Reduzierung von Pflanzenschutzmitteln zum Ziel hatte, aus dem Haushalt gestrichen und damit ad acta gelegt.

AUSZÜGE AUS MEINEM TERMINKALENDER

15. - 24. Januar 2026:

Besuch der "Grünen Woche" (Standbesuche, Teilnahme an Fachforen und Empfängen), Messe Berlin.

23. Januar 2026:

Treffen und Gespräch mit BPA-Reisegruppe, Bundestag, Berlin.

26. - 30. Januar 2026:

Sitzungswoche, Bundestag, Berlin.

01. - 12. Februar 2026:

Delegationsreise des Bundestagsausschusses für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat nach Brasilien.

Links

Zu meiner Homepage gelangen Sie hier: www.hermann-faerber.de

Pressemitteilungen

Die aktuellen Pressemitteilungen finden Sie ebenfalls auf meiner Homepage.

Kontakt

Wahlkreisbüro

Heidenheimer Straße 68, 73079 Süßen

Telefon: 07162 3057057

Berliner Büro

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 22 77 36 58

Email: hermann.faerber@bundestag.de